

Oderberger Zeitung

und Wochenblatt



Erstausgabe
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
resp. am Abend vorher. Bezugspreis durch die
Geschäftsstelle mit „Illustriertem Unterhaltungs-
blatt“ für den Monat 1,10 Reichsmark. Alle
Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.
Verantwortlicher Redakteur Ernst Feistel.

Fernsprecher Nr. 57.

Insertionspreis
Grundzahl für die einfache Zeile oder
deren Raum 20 Rpf., für die Reklame 60
Rpf., Inserate werden bis 11 Uhr vormittags
vor dem Erscheinungstage erbeten, größere
Inserate entsprechend früher.
Druck u. Verlag von B. Feistel Oderberg (Markt)

Postcheckkonto: Berlin 31 711

Öffentlicher Anzeiger für den Amtsgerichtsbezirk Oderberg und Umgegend.
Mit verbindlicher Publikationskraft für amtliche Bekanntmachungen

Nr. 201.

Sonntag, den 17. Dezember 1933.

Jahrg. 60

Sozialismus ist Dienst am Volk.

Dr. Goebbels vorder Berliner Studentenschaft.

Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, sprach im Rahmen der Kampfwoche „Jugend für deutschen Sozialismus“ der Deutschen Studentenschaft vor einer Massenversammlung im Berliner Sportpalast. Er führte u. a. folgendes aus:

Der Sozialismus ist nicht etwa eine überwindende Angelegenheit, kein Aushängeschild und kein Paradesperd, das wir rüthen, als wir um die Macht kämpfen, um dann von diesem Paradesperd herabzusteigen, da wir in die Macht hineingekommen sind.

Der Sozialismus ist eine Überzeugung, die einen ganz ausfüllt und die gar nichts mehr mit bürgerlichen Vorurteilen zu tun hat.

Das Bürgerium witterte schon ganz richtig, wenn es gerade an dieser Stelle unserer Anschauung besondere Kritik anlegte. Denn da sind wir anders, da sind wir härter, und da liegt auch, auf die Jetztzeit übertragen, das Unterpaar unserer Bestäubigkeit.

Unser Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, ist bestpreussisches Erbgut. Es ist das Erbgut der preussischen Armee, des preussischen Beamtentums. Es ist ein Sozialismus, der jeden anständigen Menschen erfüllt, ob er ihn nun mit diesem Wort oder mit einem anderen Ausdruck bezeichnet. Er ist eine preussische Staatsaufstellung, die erst Freuden zu Deutschland werden ließ und die erst Deutschland den Charakter in der Welt gab, den es bis auf den heutigen Tag noch niemals verlor.

Unser Sozialismus, wie wir ihn wollen, ist das genaue Gegenteil vom Marxismus.

Dieser Sozialismus ist im besten Sinne des Wortes Dienst. Dienst am Volk und Dienst der Nation, auch wenn der Dienst hart und manchmal grausam ist.

Nur der hat den Mut, einem Volke gegenüber harte und grausame Forderungen aufzustellen, der auch sich selbst gegenüber hart und grausam sein kann.

Ein Sozialist ist der Vertreter des Rechts, der Gerechtigkeit, er ist der Vertreter einer neuen Leistungsordnung. Er läßt in Fragen des sozialen Ausgleichs nicht so sehr sein Herz als vielmehr seine Vernunft sprechen. Wenn er auch den Leuten im Volke mit seiner Anschauung umschleift, so deshalb, weil er weiß, daß auch der Letzte im Volke für die Nation notwendig ist. Ein Sozialist, der von der Überzeugung ausgeht, wir werden nur als 60-Millionen-Volk bestehen können, wird aus der Gemeinschaft dieser 60 Millionen auch nicht einen herauslassen.

Diesen Gemeinschaftsgedanken haben wir nun in die Tat umgesetzt. Denn für uns war der Sozialismus keine graue Theorie, sondern eine blutvolle Praxis.

Der Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, macht die Menschen nicht gleich, sondern er stuft sie ein nach ihrem Wert und nach ihrer Leistung.

Er will nicht von oben nach unten drücken, höchstens möchte er sie von unten nach oben heben. Auf Grund der Leistungen verteilt er ihre Rechte und ihre Ansprüche. Das ist gerecht und das entspricht einem modernen sozialen Empfinden. Ungerecht ist es, wenn man dem, der viel leistet, das vorenthält, worauf er Anspruch erheben kann.

Das Volk hat uns dabei verstanden. In stärkstem Maße hat es sich innerlich zusammengeschlossen.

Wir haben aus dem Sozialismus nicht eine billige Verfallensphrase gemacht, sondern wir haben ihn zum Zug um Zug zu verwirklichen gesucht.

Wenn wir nicht vor der Arbeitslosigkeit kapitulieren, sondern dieser Zeitkrankheit den Kampf ansagen, und unter Zuhilfenahme aller Mittel über zweieinhalb Millionen Menschen wieder an die Maschinen zurückführen, dann war das praktische Sozialismus. Wenn wir die dreieinhalb Millionen Arbeitslosen in diesem Winter nicht im Stich lassen, sondern für sie das größte und imponierendste soziale Winterhilfswerk, das alle Zeiten je gekannt haben, organisieren, so ist das praktischer Sozialismus. (Stürmischer Beifall.) Wir sind in unserem Programm treu geblieben. Wir haben das verwirklicht, was wir verwirklichen konnten.

Es soll aber niemand glauben, daß eine geistige, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umwälzung von diesem Ausmaß schon im Zeitraum von zehn Monaten abgeschlossen sein könnte.

Was bedeutet denn diese kurze Zeitspanne vor der Größe der Aufgabe, die uns gestellt wurde. Deshalb glaube ich, daß die deutsche Jugend gut daran tut,

sich der Größe der Aufgabe bewußt zu bleiben und sich klar darüber zu sein, daß, wenn sie hinter uns einrückt, so viel noch zu tun bleibt, daß sie auch der dann hinter ihr stehenden Generation noch etwas zu tun übriglassen kann. Es ist wieder eine Zeit angebrochen, wo man an den Aufgaben, die gestellt sind, erkennen kann, ob einer ein Kerl ist oder ob er kein Kerl ist.

Es ist die größte Umwälzung aller Zeiten, die sich in einem Volk vollzieht, eine Umwälzung, die das Verhältnis aller deutschen Volksgenossen untereinander neu regelt.

Und deshalb glaube ich der deutschen Jugend, sie mag aus den Fabriken oder aus den Hörsälen hierher gekommen sein, nichts Besseres mit auf den Weg geben zu können, als die Mahnung:

Auf der Wacht stehen, aufmerksam beobachten, wo der Feind ist, ihn nicht aus den Augen lassen, nicht weich werden, sondern hart bleiben und immerdar handeln nach dem Wort: „Wir sind Sozialisten, aber wir wollen es nicht umsonst gewesen sein.“

Im Zeichen neuer Handelspolitik.

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts. Das Reichskabinett verabschiedete in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause eine Reihe von Gesetzen, die vorwiegend wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Art.

Genehmigt wurden die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Gesetzentwürfe über den Verkehr mit Milchzeugnissen und über den Verkehr mit Eiern. Der hauptsächlichste Zweck der beiden neuen Gesetze ist die dauernde Ordnung des Marktes, durch die bisher übliche

starke Marktschwankungen ausgeglichen und möglichst gleichbleibende Preise

insbesondere im Interesse der Verbraucherschaft gewährleistet werden.

Die Einfuhr soll nicht abgedrosselt werden, aber sie kann nun den Bedürfnissen des deutschen Marktes angepaßt werden. Gleichzeitig wird dadurch eine größere Möglichkeit geschaffen, um bei der Einfuhr aus solche Länder Rücksicht zu nehmen, die ihrerseits bereit sind, die deutsche Ausfuhr aufzunehmen. Damit werden grundsätzlich neue Wege für die deutsche Handelspolitik eröffnet. Die Gesetze bestimmen, daß

Butter, Käse und Eier im Inland nur durch Reichsstellen in den Verkehr gebracht

werden dürfen. Das gilt sowohl für Inlandsware als auch für die Einfuhr. Der Butter, Käse oder Eier in den Verkehr bringen oder aus dem Inlande einführen will, muß sie vorher der zuständigen Reichsstelle zum Kauf anbieten. Lehnt die Reichsstelle die Annahme ab, so darf die Ware im Inland nicht in den Verkehr gebracht werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft legt die Übernahme- und Abgabepreise der Reichsstelle fest. Die Beschränkungen des Verkehrs werden sich nur auf das für die Marktordnung Notwendigste erstrecken.

Weitere Gesetze.

Außer den handelspolitisch wichtigen Gesetzen werden eine Reihe Gesetze verabschiedet, die im Sinne der

Reinheitlichung und Zentralisierung wirken. Das Reichskabinett verabschiedete ein Gesetz über die Reichsluftfahrtverwaltung. Dieses Gesetz bestimmt u. a., daß die staatlichen Hoheitsgesetze in der Luftfahrt, soweit sie bisher noch den Ländern zustanden, auf das Reich übergehen. Der Reichsminister für Luftfahrt wird damit in Zukunft auch Träger der gesamten Luftpolizei- und Flugüberwachungsansagen.

Ein Gesetz über den Deutschen Gemeindetag setzt diesen unter eine straffe Reichsaufsicht und enthält eingehende Bestimmungen über die Organisation und die Finanzgebarung dieser Körperschaft des öffentlichen Rechts. — Ein Gesetz zur

Änderung des Genossenschaftsgesetzes bedeutet eine erste wichtige Etappe auf dem Wege einer Umgestaltung des deutschen Gesellschaftsrechts. Das Gesetz bezweckt einen verstärkten Rechtsschutz der Genossen und enthält Bestimmungen über Zwangsvergleiche, Zulassung des Vergleichs über die Nachschußpflicht und Einstellung des Konkursverfahrens. Die Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung soll in Zukunft überhaupt verschwinden.

Arbeiter und Nation.

Dr. Ley auf einer Reiseunternehmung im Sportpalast. Die Deutsche Arbeiterverhandlung der öffent-

lichen Betriebe in der Deutschen Arbeitsfront, Verbandsbezirk Berlin-Brandenburg, veranstaltete im Sportpalast eine Massenkundgebung. 20.000 Personen füllten den Sportpalast. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, hielt eine längere Rede. Wir erleben, erklärte Dr. Ley, das Größte, was jemals ein Geschlecht in der Geschichte erlebt hat. Wir erleben das

Klingen zweier gewaltiger Welten miteinander. Das Klingen vollzieht sich in jedem einzelnen Menschen. Revolutionen zerhacken das Faule und Ungedane in einem Volk und geben dem Gefunden, dem Lebenswilligen neue Kräfte. Bei seiner sechsundwöchigen Wanderung durch die Betriebe Deutschlands habe er erkannt, daß an keinem so fürchtbar gefündigt worden sei wie am deutschen Arbeiter.

Am Arbeiter sei alles falsch gemacht worden. Verbände, Organisationen, Parteien und Klubs seien organisiert worden und hätten alles versprochen. Die Vereinskassierei in Deutschland sei der größte Schwindel gewesen, den ein Volk jemals erlebt habe. Ein Sozialist müsse bereit sein, zu opfern und seine persönlichen Interessen zurückzustellen zugunsten der Gemeinschaft.

Wer keine Opfer bringen könne oder wolle, misbrauche das Wort Sozialismus.

Politik heiße, die Seele des Volkes bilden. Die Regierung habe das Volk formen und zusammenschweißen können, um eine Nation zu schaffen. Wahre Demokratie und wahre Volksherrschaft sei, wenn jeder Volksgenosse innerlich Anteil nehmen dürfe an den Geschicksnissen der Nation und des Volkes. Dazu sei die Arbeitsfront geschaffen worden.

Arbeitsopfer besuchen den Führer.

Überreichung einer Weihnachtsbotschaft.

Eine Abordnung der deutschen Arbeitsopfer, nämlich des Gesamtverbandes der deutschen Arbeitsopfer in der Deutschen Arbeitsfront, konnte dem Führer eine Weihnachtsbotschaft in Form einer Kuchstrolche überreichen. Diese Weihnachtsbotschaft wurde dem Führer

durch einen 27jährigen Bergmann überreicht, der 51 Jahre lang hohle zutage gefördert hat. Voller Ergriffenheit übernahm der Führer das Geschenk und sprach dann längere Zeit mit einem Arbeitsopfer über die jetzige Lage der gesamten deutschen Arbeitsopfer. U. a. wurde der Wunsch der deutschen Arbeitsopfer: Gleichstellung der Arbeitsopfer mit den Kriegsoffizieren und Anerkennung der Schirmherrschaft des Verbandes der deutschen Arbeitsopfer dadurch bestätigt, daß der Führer der Abordnung mitteilte, es gebe für ihn keinen Unterschied zwischen Arbeitsopfern und Kriegsoffizieren. Der Führer betonte, Arbeitsopfer sowohl wie Kriegsoffiziere hätten auf dem Altar der Nation zum Wohle des deutschen Volkes ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel gesetzt.

Staatssekretär Eubich auf der Rückreise.

Besuche in Köln und München.

Der Leiter des italienischen Außenministeriums, Staatssekretär Eubich, der in Erwiderung des Besuches der deutschen Minister in Rom Anfang der Woche als Vertreter des Chefs der förmlich-italienischen Regierung nach Deutschland gekommen war, hat Berlin verlassen. Vor seiner Rückkehr nach Italien wird er als Gast der Regierung, noch einige Tage in Köln und München verweilen.

Der Aufenthalt des italienischen Staatsmannes in Berlin bot der Reichsregierung Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen in dem freundschaftlichen Geist, der die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszeichnet.

Deutsch-niederländischer Wirtschaftsvertrag unterzeichnet.

Die vor einigen Wochen im Haag zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung aufgenommenen Verhandlungen über die Regelung des deutsch-niederländischen Warenverkehrs nach Ablauf des jetzigen am 31. Dezember dieses Jahres endigenden Provisoriums haben zur Unterzeichnung eines Vertrages geführt, der die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf eine neue, beide Länder betriebsfähige Grundlage stellt.

Das Ziel der Verhandlungen war auf deutscher Seite, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Ländern so auszubauen, daß die deutschen Absatzinteressen auch unter den gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen und trotz der neuen Einfuhrkontingentierungspolitik der Niederlande weitgehend gewahrt werden. Dieses